

(A) (Büssow [SPD])

ich dem Kollegen Rohde das Oppositionsrecht ab sprechen wollte, daß er seine Meinung hier nicht darlegen sollte. Das wollte ich nicht bestreiten. Es war eine Reaktion auf einen, wie ich fand, abstrusen Diskussionsbeitrag des Kollegen Rohde. Aber das ist ja nun erlaubt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Ich rufe Punkt 6 auf:

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992
(Nachtragshaushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/3214

erste Lesung

Ich erteile das Wort dem Herrn Finanzminister.

(B)

Finanzminister Schleußer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes lege ich Ihnen einen Haushaltsentwurf nach § 33 der Landeshaushaltsordnung vor. Dies bedeutet: Der Haushaltsentwurf beschränkt sich auf wenige Tatbestände, die bei Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1992 noch nicht vorhersehbar oder etatreif waren.

Das Volumen des Nachtragshaushalts ist rund 79 Millionen DM, und er hat Verpflichtungsermächtigungen von 181 Millionen DM. Deckung für die Mehrausgaben konnte bei den Mitteln für Kreditmarktzinsen gefunden werden, weil die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung durch Steuermehreinnahmen und Ausgabendisziplin für 1991 erfreulich geringer ausgefallen ist, als dies bei der Etatisierung des Ansatzes für die Zinsen zu erwarten war.

Zu den einzelnen Schwerpunkten des Nachtrags! Der Nachtrag enthält im Geschäftsbereich des Minister-

(C)

präsidenten Haushaltsmittel in Höhe von 3 Millionen DM für die Unterstützung privater Hilfsorganisationen aus Nordrhein-Westfalen, die wegen der schwierigen Versorgungslage Hilfsgüter in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten transportieren. Das bereits in den Jahren 1990/91 durchgeführte Hilfsprogramm soll auch 1992 als Beitrag zur Überwindung der akuten Not in der GUS durchgeführt werden. Vorgesehen sind Transportkostenzuschüsse.

Meine Damen und Herren! Die Durchführung der Parteienvereinbarung vom 10. Oktober 1991 zur Beschleunigung der Asylverfahren macht personelle und sächliche Vorkehrungen unerlässlich. Die Novellierung des Asylrechtes erfordert bei der ohnehin stark belasteten Verwaltungsgerichtsbarkeit die Einrichtung neuer Spruchkörper. Die Einrichtung der dafür unbedingt erforderlichen zusätzlichen Planstellen für Richter und Stellen für Arbeiter und Angestellte wird mit der Vorlage dieses Nachtragshaushalts vorgeschlagen.

Notwendig ist die sofortige Besetzung dieser Stellen. Eine gesetzliche Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre ist vorgesehen. Die Unterbringung und Ausstattung des zusätzlichen Personals kann nur erfolgen, wenn die erforderlichen sächlichen Verwaltungsausgaben bereitgestellt werden.

(D)

Für die Abschiebehafte für rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber, die umgehend abgeschoben werden sollen, sind zunächst drei bereitstehende kleinere Justizvollzugsanstalten vorgesehen, für deren Herrichtung zur Unterbringung dieses Personenkreises sächliche Verwaltungsausgaben vorgesehen sind. Um das notwendige Personal für die Vollziehung der Abschiebehafte sofort bereitstellen zu können, wird ebenfalls eine Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre vorgeschlagen.

Mit diesen Maßnahmen erfüllt das Land die übernommene Pflicht, kurzfristig zur Beschleunigung der Asylverfahren beizutragen.

Der Nachtrag 1992 im Schulbereich ergänzt das Handlungskonzept der Landesregierung. Neben einer Relationsverbesserung bei der Teilzeitberufsschule und einem erstmaligen Ausländer-/Aussiedler-Zuschlag für Realschulen und Gymnasien werden alle

(A) (Minister Schleußer)

Sonderbedarfe, die bisher nur durch kw-Stellen zu Lasten der Stellenreserve oder des normalen Unterrichts abgedeckt wurden, im Haushalt ausgewiesen. Dadurch wird die Schüler-Lehrer-Relation von unterrichtsfremden Komponenten entlastet. Ziel ist: In den Schulen wird mehr Unterricht stattfinden.

Insgesamt wird ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 2 446 Stellen haushaltsmäßig abgesichert, davon im Umfang von 1 546 Stellen durch Streichung von kw-Vermerken.

In Höhe der verbleibenden 900 Stellen werden bisher für Erziehungsurlaub und Sonderunterricht veranschlagte Stellen abgesetzt, so daß sich der Gesamtstellenbestand des Einzelplans 05 nicht verändert. Im Rahmen des Konzepts "Geld statt Stellen" soll künftig ermöglicht werden, gemäß § 7 Haushaltsgesetz in Fällen des Erziehungsurlaubs Aushilfskräfte zu beschäftigen. Es werden daher im Umfang von rund 1 400 Stellen Mittel für befristete Beschäftigungen bei Erziehungsurlaub bereitgestellt. Für den Sonderunterricht werden für Aushilfskräfte im Umfang von 150 Stellen Mittel bereitgestellt. Insgesamt werden also Geldmittel für Aushilfskräfte neu veranschlagt, die einem Umfang von 1 550 Stellen entsprechen.

(B) Außerdem sollen in kw-Kapiteln weitere 200 unbefristete Einstellungen durch Inanspruchnahme frei werdender kw-Stellen ermöglicht werden.

Durch diese Maßnahmen werden den Schulen zusätzliche Kräfte im Umfang von 1 750 Stellen zur Verfügung stehen. Die bisher im Haushalt 1992 vorgesehene Zahl von 3 620 Neueinstellungen erhöht sich damit auf Einstellungs- bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten im Umfang von 5 370 Stellen zum Schuljahr 1992.

Die Personalausgaben erhöhen sich durch den Nachtrag für 1992 um 56,5 Millionen DM.

Die Übertragung der Maßnahme auf die Ersatzschulen führt 1992 zu einer geschätzten Erhöhung des Zuschußbedarfs von rund 3,5 Millionen DM.

Des weiteren sieht der Nachtrag 7,5 Millionen DM für den Ausbau des ADV-Schulinformationssystems mit dem Ziel vor, im Interesse einer flexiblen Stellen-

(C)

bewirtschaftung nunmehr auch die einzelnen Schulen in dieses System einzubinden.

Mit den zusätzlichen Maßnahmen, die für das Land in den Folgejahren mit jährlich mindestens 250 Millionen DM zu Buche schlagen, geht die Landesregierung bis an die äußerste Grenze des haushaltspolitisch Vertretbaren.

Meine Damen und Herren, beim Verlauf der Zukunftsrunden in den Montanregionen ist deutlich geworden, daß die Umsetzung des Handlungsrahmens für die vom Kohlerückzug betroffenen Gebiete eine höhere als die bisher veranschlagte Verpflichtungsermächtigung erfordert. Diesem Erfordernis trägt die Erhöhung um 135 Millionen DM Rechnung. Sie stellt sicher, daß für die mehrjährigen Maßnahmen des Handlungsrahmens kontinuierlich Bewilligungen erfolgen können.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Im Einzelplan 20 entfällt ersatzlos der Verstärkungstitel für sächliche Verwaltungsausgaben aller Einzelpläne. Damit werden Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 28. Januar zur Mittelbewilligung bei überplanmäßigen Ausgaben gezogen.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Damit wird eine über 40jährige Tradition des Haushalts beendet.

(Heiterkeit bei der CDU - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Sehr lernfähig!)

- Sie haben es eingeführt, und Sie haben sich mit darum gekümmert, daß es zu Ende gebracht wird. Das ist richtig.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Mit dem hier eingebrachten Nachtragshaushalt beweist die Landesregierung Handlungsfähigkeit und haushaltspolitische Verantwortung. Ich bin zuversichtlich, daß dieser Nachtragshaushalt die Zustimmung des

(A) (Minister Schleußer)

Landtags finden wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Bensmann, ich darf Ihnen für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Abgeordneter Bensmann*) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, der vorgelegte Nachtragshaushalt enthält eigentlich mehr Fragezeichen, als daß er Antworten auf viele wichtige, dringend entscheidungsreife Politikfelder gibt.

Im Erfinden neuer Begriffe sind Sie ja Weltmeister. Ich frage Sie, was das heißt: Das flexible Instrument "Geld statt Stellen" wird erstmals im Schulbereich eingesetzt. - Ich habe das im Nachtragshaushalt nicht nachlesen können; aber vielleicht können wir das ja in den Beratungen im Ausschuß erörtern.

(B) Daß dieser Nachtrag auch dieser großen Überschrift nicht entspricht, wird allein vom Volumen her deutlich, nämlich ganze 78,9 Millionen DM Mehrausgaben und Erhöhung der VE um 181 Millionen. Das steht deshalb im krassen Widerspruch zu dem, was bei den Haushaltsberatungen die SPD-Fraktion, und hier lautstark und vollmundig die Bildungspolitiker angekündigt haben: daß im Nachtragshaushalt das Kienbaum-Gutachten umgesetzt wird. Ich kann Ihnen nur folgendes sagen: Sie haben recht. Sie haben es ja in einem kleinen Schlußsatz hinterher noch gebracht: Es ist nicht eine einzige neue Stelle eingerichtet worden. Es waren im Haushalt 1992, den wir hier verabschiedet haben, 139 860 Stellen, und es sind auch im Nachtrag 139 860 geblieben.

Und wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und das zum Thema Erziehungsurlaub als große Wohltat hinstellen, kann ich Ihnen nur folgendes sagen. Die Umwandlung dieser 750 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, die sich in Erziehungsurlaub befanden, hätten Sie schon in der Vergangenheit eigentlich machen müssen. Sie haben es nur nicht getan. Sie stellen jetzt die Haushaltsmittel zur Verfügung. Das ist also eigentlich nichts Neues.

(C)

Hierbei ist auch interessant, daß Sie als Mittel befristete Arbeitsverträge einsetzen wollen. Sie erinnern sich sicherlich noch gut, als Norbert Blüm vor wenigen Jahren in Bonn dieses Instrument eingeführt hat. Damals haben Sie es schärfstens kritisiert. Ich denke, wenn Sie dieses heute vorschlagen, dann war es damals kein so schlechter Vorschlag. Gratulation zu der späten Einsicht!

Weiterer Nebel: Sie behaupten in Ihrer Presseerklärung, daß 17 300 Lehrerstellen effektiver eingesetzt werden als bisher. Ich kann Ihnen nur sagen: Im Haushalt habe ich dies nicht erkennen können. Aber wir werden diesbezüglich sowohl im Schulausschuß als auch im Haushalts- und Finanzausschuß weiter nachfragen können.

Die weiteren internen Verschiebungen in den einzelnen Schulbereichen, die Sie hier eben sehr voluminös und wortreich beschrieben haben, schaffen weitere Unruhe in den Schulen und lösen nicht das eigentliche Problem. Wir werden ja immer noch beobachtet, was wir finanzpolitisch hier machen, insbesondere im Schulbereich. Da kann ich nur sagen, daß der ehemalige Schwier-Berater und jetzige Staatssekretär im Kultusministerium in Sachsen recht hat, wenn er sagt - ich zitiere aus der Westfälischen Rundschau vom 20. Februar -, mit einem Flickenteppich administrativer Sparmaßnahmen seien Probleme nicht zu lösen. Hier ein bißchen weniger Unterricht, und dort eine Klasse vergrößern, das schafft nur Unruhe.

(D)

Ich füge hinzu: Herr Finanzminister, das, was Sie hier im Nachtragshaushalt vorgelegt haben, ist nicht und kann nicht die Antwort auf das Kienbaum-Gutachten sein.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Herr Finanzminister, der Schwerpunkt in Ihrem Nachtragshaushalt ist doch Bildungspolitik. 80 % der Haushaltsmittel gehen doch in den 05er-Etat hinein. Insofern ist es auch der Schwerpunkt. So war er auch von der SPD angekündigt.

Eine weitere spannende Frage wird in den Ausschüssen sein, wer sich hier durchsetzt, nämlich Sie mit Ihrem finanzpolitischen Taktstock, Herr Schleußer, oder die Bildungspolitiker in der SPD-Fraktion von

(A) (Bensmann [CDU])

Herrn Professor Farthmann, die ja in der Haushaltsberatung von 1992 sehr vollmundig gesagt haben: Im Nachtrag werden wir es umsetzen. Während der Beratung haben Sie ja noch die Gelegenheit, entsprechende Anträge zu stellen.

Einigen Dingen ist in diesem Nachtragshaushalt so auch nicht zuzustimmen. Und zwar sind es die 58 zusätzlichen Stellen zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Herr Finanzminister, Sie waren dabei: Sie haben das im Personalausschuß, Herr Trinius, und auch im Finanzausschuß einstimmig beschlossen, daß nämlich erst dann die in der letzten Ausschusssitzung zur Verfügung gestellten Stellen zu entsperren sind und diese neuen einzurichten sind, wenn ein Gesamtkonzept vorliegt. Wir haben es zweimal angelehnt. Es liegt bis heute nicht vor. Der Justizminister bzw. Ihr Haus haben es bis heute nicht vorgelegt. Auf Nachfrage wurde es in der letzten Sitzung für die nächste Ausschusssitzung avisiert.

(Minister Krumsiek: Sie müssen mal ins Richtergesetz gucken, daß es Präsidialräte gibt und daß man Richtern nicht vorschreiben kann, wie man sie einsetzt, Herr Kollege!)

(B) - Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Minister - da bin ich sehr einig mit dem personalpolitischen Sprecher, der gleich hier Rede und Antwort stehen kann und das auch richtigstellen kann -: Es liegt kein Konzept vor. Wir hatten erhebliche Bauchschmerzen, überhaupt diesen 23 Stellen aus dem letzten Haushalt zuzustimmen.

Erheblichen Aufklärungsbedarf gibt es auch bei den VE. Die 45 Millionen für die Landesstelle Unna-Massen kann ich nur so werten, daß dort eine Dauerasyleinrichtung geschaffen werden soll. Die steht im Widerspruch zu dem, was Minister Heinemann in Unna gesagt hat. Aber ich wohne dort. Ich werde das sorgfältig beobachten.

Zu den 135 Millionen Erhöhung für den Handlungsrahmen für Kohlerückzugsgebiete kann ich ihnen nur sagen, daß das das ist, was der OB Samtlebe, ihr Parteifreund, in Dortmund schon kritisiert hat, daß nämlich keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden, sondern nur alter Wein in noch zu produzierende neue Schläuche umgefüllt wird.

(C)

Herr Finanzminister, nun etwas zu Ihrem Deckungsvorschlag. Sie schlagen hier die Kürzung der Zinsausgaben vor. Das ist schon erstaunlich. Noch vor wenigen Wochen, bei der Haushaltsplanberatung 1992, haben wir von der CDU diesen Vorschlag gemacht. Da haben Sie ihn angelehnt. Heute setzen Sie selbst genau dieses Finanzierungsinstrument ein. So schlecht was das sicherlich nicht, was wir damals vorgeschlagen haben.

Zwei Dinge vermissen wir in diesem Nachtragshaushalt. Zum ersten sind das die Konsequenzen aus dem Steuerkompromiß im Bundestag. Die Strukturhilfsmittel werden auf 1,5 Milliarden erhöht. Wir werden also nicht 185 Millionen, sondern 462 Millionen bekommen. Ich denke, Sie hätten hier etwas dazu sagen sollten, wie Sie diese Mittel einsetzen; denn so ist es ja mehrheitlich im Bundesrat in Bonn auch beschlossen worden.

Ebenfalls im Nachtrag nicht berücksichtigt ist - -

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Bitte?

(Minister Schleußer: Das ist nicht beschlossen!)

(D)

- Die 1,5 Milliarden DM sind beschlossen worden. Diese Zahlen sind beschlossen worden, nicht mit Ihren Stimmen - das ist ganz etwas anderes -, aber es ist Gesetzesgrundlage, und das müssen Sie hier letztendlich umsetzen.

Ebenfalls nicht berücksichtigt haben Sie das gleichfalls beschlossene Besoldungsanpassungsgesetz und hier insbesondere die Planstellenobergrenzenverordnung. Dazu ist - diesmal mit Ihren Stimmen - im Bundesrat beschlossen worden, daß dies noch im Haushaltsvollzug 1992 geschieht. Dann müssen Sie Ihr Haushaltsgesetz ändern. Ich denke auch, ein Finanzminister hat so viele Mitarbeiter, daß die ihm das hätten sagen können.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch einen Satz anfügen. Ich möchte besonders daran erinnern, daß wir als CDU darauf dringen werden, daß im Bereich der Finanzverwaltung und des Justizvollzugs-

(A) (Bensmann [CDU])

dienstes, Herr Krumsiek, zumindest die ersten Tranchen noch in diesem Jahr, Haushalt 1992, umgesetzt werden. Dazu ist es notwendig, daß wir das Haushaltsgesetz ändern.

Lassen Sie mich zum Schluß für die CDU-Fraktion feststellen:

1. Die Positionen und Forderungen, die wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 1992 im Bereich Wohnungsbau, Asyl, Polizei und insbesondere Schule gestellt haben, gelten nach wie vor und ohne Abstriche!
2. Entgegen der Ankündigung der SPD-Fraktion während der Haushaltsplanberatungen 1992 gibt dieser Nachtragshaushalt keine Antwort auf die anstehenden dringenden politischen Entscheidungen, hier insbesondere im Schulbereich.

Ich sage das vielleicht mit einem Augenblinzeln: Unter dem Taktstock des Finanzministers wird getrickst, verschleiert und werden die eigentlichen Probleme vor sich hergeschoben wie in vielen anderen Bereichen. Die Frage ist, ob sich die Gesamtfraktion dies so gefallen läßt. - Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Wickel für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ungefähr 8 Wochen her, daß wir den Haushalt 1992 hier verabschiedet haben. Jetzt legt die Landesregierung schon den ersten Nachtragshaushalt vor; ich betone: den ersten, weil ich noch weitere erwarte. Er beinhaltet zirka 79 Millionen DM, 1 Promille des Landeshaushalts.

Nun hat der Finanzminister hier ja eben sehr sachlich den Faktenbericht des Nachtragshaushalts vorgetragen. Das war von Politik frei, aber es wird mir nachgesehen werden, daß ich das politisch ein bißchen werte.

(C)

Zuerst muß festgehalten werden, daß mit dem Nachtrag drei Ziele beschrieben sind: von der Schule, auf die wir gleich noch kommen, bis hin zum Problem der Verkürzung des Asylverfahrens. Hier ist schon einmal erstaunlich, daß die Fachleute für diese Verkürzung 108 Stellen angemeldet hatten, aber nur 50 im Nachtrag erscheinen. Heißt das, das Land Nordrhein-Westfalen will der allgemeinen Vereinbarung nicht Folge leisten und behindert das, was es politisch anders sieht, auf der Stellenplanseite?

Ich sagte eben, die haushaltsmäßige Umsetzung des Handlungskonzepts der Landesregierung zur effektiven Gestaltung der Schulorganisation und der bedarfsgerechten Zuweisung von Lehrerstellen solle mit diesem Nachtragshaushalt geregelt werden. Hier würde ich uns alle auffordern, dreimal herzlich zu lachen. Was hat denn die Landesregierung getan? Hier werte ich einmal nicht die Zahl der Lehrerstellen, die in einem Geflecht von Positionen verschoben und umgesetzt werden, sondern wir schauen einfach einmal auf das Geld, das dafür im Nachtrag eingesetzt ist: Die öffentlichen Grundschulen erhalten ganze 28 Millionen DM mehr. Dies ist allein erforderlich, um zwischen Aufstellung des Haushalts 1992 im vergangenen Frühjahr und den heute bekannten Zahlen von Grundschulern der höheren Zahl gefolgt zu sein. Hiermit ist kein einziges der alten Probleme - sprich: Unterrichtsausfall oder sonstige Dinge - gelöst. Man hat einfach auf mehr Zeitnähe korrigiert und hat danach die Zahlen gefunden. Grundproblemlösung, die hier im Nachtragshaushalt postuliert ist, gleich null!

(D)

Für die teuerste Schulform, sprich: Gesamtschule, stockt man die Beträge um 10 % auf - in einem unverhältnismäßigen Maße gegenüber allen anderen Schulformen, nämlich als zweithöchsten Betrag von fast 13 Millionen DM.

Was macht man sonst? Unter dem Strich die gleiche Lehrerzahl, aber eine gigantische Verschiebung von kw-Stellen. Und den Effekt, der erzielt worden ist, hat der Finanzminister leise sachlich erwähnt: Dadurch, daß der Bund die Folgekosten von Freistellung bei Kindern übernimmt, kann das Land jetzt von seiner bisherigen Bedarfsposition abrücken.

(A) (Wickel [F.D.P.])

Die Auswirkungen des Kienbaum-Gutachtens auf den Haushalt 1992 sind runde 67 Millionen DM. Da kann man nur sagen: Der Berg kreite und gebar ein Muslein. Die tatsächlichen Probleme an Schule bleiben ungelöst. Ich will es einmal bildhaft formulieren: Man hat der Dame Schulpolitik auf die Tausende von Pickeln im Gesicht ein Schnheitspflsterchen geklebt!

Was wir hier gar nicht besprechen und was der Nachtragshaushalt auch nur am Rande erkennen läßt, sind die Beschwerdeinhalte, die wir jetzt schon täglich von den Eltern bekommen. Die wissen, daß an Schule bis zum Sommer ein Konzept von Unterrichtsvernderung, von Klassenvernderung umgesetzt werden soll, und sagen jetzt: Es ist ja gar nicht zu schaffen, daß wir bei der Umsetzung der Dinge, die hinter dem Nachtragshaushalt im politischen Raum des Landes laufen, mitwirken können, wie es uns immer versprochen wurde.

Unser Kollege hat ja eben zitiert, wie der ehemalige Mitarbeiter, der von der SPD, vor allem von Ihnen bestgehate Mann, Wolfgang Nowack, von außenher jetzt die Schulpolitik hier im Lande kommentiert: "Flickenteppich administrativer Sparmaßnahmen". Das ist die Bewertung eines Fachmannes, der seine fachliche Qualität in diesem Lande nicht mehr ausüben konnte, weil er sonst permanent mit den Ideologen des AK 13 hintereinander kam.

(B)

Meine Damen und Herren, es geht aber noch weiter! Die Polizeigutachtenlsung - wir haben ja noch ein Kienbaum-Gutachten Nr. 2 - findet im Haushalt gar nicht statt. Hier kommt langsam ein Punkt, der uns alle in diesem Parlament erregen müßte. Da reist der Innenminister durch die Lande und sagt: Ich will, daß jeder Polizeibeamte im gehobenen Dienst ist, aber der Finanzminister hindert mich daran.

Da exkulpiert sich der Umweltminister auf Kosten des Finanzministers. Meine Damen und Herren, das wird langsam schlimm, wie hier doppelbödig operiert wird, wie der eine draußen nur verteilt und auf den anderen zeigt, der der böse Mann ist, der hier einspart.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da kann ich nur fragen: Wo ist hier die Solidarität einer Landesregierung? Das kann man nur so bewer-

(C)

ten: Das System Rau zeigt eine Aufweichung nach der anderen. Die Minister profilieren sich auf Kosten anderer Minister, besonders des Finanzministers.

Meine Damen und Herren, alles fließt hier doch langsam durcheinander. Es wird nicht mehr geführt und geleitet. Und ich behaupte, das System Rau ist in Auflösung. Dieser Nachtragshaushalt ist ein weiteres Indiz dafür. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile der Frau Kollegin Schumann von der Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! ber Schule wurde heute genug geredet. Ich beginne deshalb mit dem Teil des Nachtragshaushalts, der der Abschreckung und der Abschiebebeschleunigung gegen Asylsuchende in unserem Land gewidmet ist. Das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren, das in trauriger Eintracht von der Bundesregierung und der sogenannten Oppositionsfraktion, der SPD, im Bundestag vertreten wird, ist ein weiterer Meilenstein in der kalten Demontage des Asylrechts. Wenn das umgesetzt wird und man das Schengener Abkommen dazu nimmt, dann bleibt von Artikel 16 unseres Grundgesetzes nicht mehr als eine leere Hlle.

(D)

Mit diesem Nachtragshaushalt soll die praktische Umsetzung der Abschottung der BRD gegen Flüchtlinge gesichert werden. Das läßt man sich, ohne mit der Wimper zu zucken, nochmals eine Menge Geld zusätzlich kosten, während andererseits über jede Mark, die für Existenzsicherung und Unterbringung von Asylsuchenden ausgegeben wird, und zwar für eine humane, wie ich sagen möchte, Existenzsicherung und Unterbringung, ein großes Geschrei hier in diesem Hohen Hause veranstaltet wird.

Es ist irreführend, wenn Pressemeldungen behaupten, der Nachtragshaushalt stelle mehr Geld für Flüchtlinge bereit. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht für, sondern gegen Flüchtlinge werden zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, die diesen Haushalt

(A) (Schumann [GRÜNE])

belasten sollen.

Bis zu drei Monaten sollen Flüchtlinge nach dem Gesetzentwurf von CDU/CSU, F.D.P. und SPD in Sammellagern interniert werden. Das vor einem Jahr endlich aufgehobene Arbeitsverbot wird für diesen Zeitraum wieder eingeführt. Die beabsichtigte Beschleunigung der Asylverfahren auf sechs Wochen ist nur um den Preis einer Demontage der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens möglich. Und dieser Punkt betrifft nicht nur die Asylsuchenden selbst, sondern er tangiert die Grundlagen unseres Demokratieverständnisses.

Erhebliche Mittel, so stellen wir fest, werden für die Abschiebehaft ausgegeben. Drei ehemalige Knäste werden als Abschiebeknäste reaktiviert. Zudem sollen grundsätzlich an den Grenzen die Flüchtlinge erkennungsdienstlich erfaßt und in einer Datenbank des Bundeskriminalamts gespeichert werden. Damit ist unverkennbar, daß die pauschale Kriminalisierung von Asylsuchenden, bei der NRW-Minister Heinemann mit Zähl- und Kontrollappellen bei der Sozialhilfe Vorreiter war, sich als Roter Faden durch das ganze Gesetz zieht.

(B) Es versteht sich ja wohl von selbst, daß wir keinesfalls bereit sind, für diese Demontage des Asylrechts auch nur eine Mark an nordrhein-westfälischen Steuergeldern zu verschwenden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Sie haben auch keines!)

Ich komme zum Haushalt Schule. Wie sieht der aus angesichts der Deckungslücke von 25 000 Lehrern und Lehrerinnen? 3 600 wurden im Haushaltsentwurf bewilligt. Hinzugefügt werden 17 000 eingesparte Stellen und ein Nachschlag von 1 750 Stellen. Damit bleibt eine riesige Versorgungslücke, geschätzt auf 5 000 bis 6 000 Stellen. Es dürften auch ein paar mehr sein, so genau ist das noch nicht feststellbar. Sie wird am größten in der Hauptschule sein und in der Berufsschule mindestens auch sehr erheblich. Wer da von Verbesserungen in Bezug auf Berufsschulen gesprochen hat, den möchte ich doch bitten, das nachzuweisen.

(C)

Es wird einfach festgestellt werden müssen, daß Unterrichtsausfall und Kürzungen irgendwo weiter mitverfolgt und mitgeschleppt werden und daß die nächste Rationalisierungswelle sich ankündigt, da man nicht bereit ist, für wirkliche Verbesserungen im Bildungshaushalt zu sorgen.

Es kommt zu 1 750 zusätzlichen Neueinstellungen. Ein Wort, wie sich das zusammensetzt. 200 sind unbefristet, und der Rest, nämlich 1 500 Stellen, sind auf zwei Jahre befristet. Wieso bei ansteigenden Schüler- und Schülerinnenzahlen hier eine Befristung vorgenommen wird, ist völlig unverständlich, selbst wenn es hier auch nur um den Erziehungsurlaub geht, für den eingestellt wird.

Wer Arbeitsverhältnisse befristet, entzieht den betroffenen Lehrerinnen und Lehrern den Schutz, den alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes in Anspruch nehmen können. Da das Beschäftigungsförderungsgesetz, das ja bekanntlich befristete Verträge auch ohne sachlichen Grund vorübergehend zuläßt, im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes nicht anwendbar ist, bedürfen diese befristeten Verträge eines sachlichen Grundes für die Befristung. Herr Kultusminister, der Grund Haushaltsrecht, der hier immer angegeben wird, reicht nicht, wie die Urteile des Bundesarbeitsgerichts in der Vergangenheit gezeigt haben.

(D)

(Kultusminister Schwier: Der Grund ist der Erziehungsurlaub!)

- Der Grund ist Haushaltsrecht. Machen wir uns nichts vor. Wenn der Grund Erziehungsurlaub ist, dann frage ich mich, wie das denn sinnvoll begründet werden soll. Der einzige sachliche Grund, die Vertretung für den Erziehungsurlaub über befristete Verträge zu organisieren, wäre ja die Tatsache, daß Lehrerinnen in zwei Jahren nicht mehr schwanger werden und infolgedessen auch keinen Erziehungsurlaub mehr beantragen. Das anzunehmen, wäre allerdings ziemlich absurd.

(Zurufe von der SPD: Das ist auch Unsinn! - Da haben Sie recht)

Der Umgang mit den sogenannten kw-Stellen, den

(A) (Schumann (IGRÜNE))

künftig wegfallenden Stellen, ist weiterhin undurchsichtig und führt zu einer außerordentlich unseriösen Politik. Sie betreiben das, was Kienbaum kritisiert hat, weiter. Sie schreiben neue Bedarfe auf. Daraus sollen, wie Sie sagen, Verbesserungen entstehen, beispielsweise Förderungsmöglichkeiten für ausländische Schüler an Gymnasien und Realschulen, bessere Schülerrelation an den Berufsschulen. Aber die Personaldeckung ist unseriös, weil Sie dafür die kw-Stellen als Finanzierungsmöglichkeit nehmen. Aber genau diese Stellen stehen nicht zur Disposition, wie Kienbaum gesagt hat; davon wird jede Stelle jetzt schon gebraucht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zusammengefaßt heißt das - zu anderen Bereichen komme ich nicht mehr, weil meine Redezeit um ist -: Wir können diesen Nachtragshaushalt, der so unsozial und unsolid gemacht ist, wie es eben geht, nur rund herum und ohne Einschränkung ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Walsken für die Fraktion der SPD das Wort.

(B)

Abgeordneter Walsken*) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon etwas ungewöhnlich, Frau Kollegin Schumann, daß die GRÜNEN gleich nach der Einbringung, bevor die parlamentarischen Beratungen im Ausschuß beendet sind, erklären, daß sie das, was vorgelegt worden ist, ablehnen. Es ist eigentlich parlamentarische Übung, daß wir erst einmal im Ausschuß darüber reden. Dann wird man sehen, ob der Aufklärungsbedarf, der sich hier gezeigt hat, befriedigt werden konnte oder ob noch Fragen offen sind oder man politisch eine andere Meinung einnimmt.

Kollegin Schumann ist hier - so nehme ich an - für den Kollegen Busch eingetreten. Ich kann mir vorstellen, daß das gleichzeitig die Entschuldigung dafür sein sollte, daß Kollege Busch an den Beratungen im Unterausschuß "Personal" auch weiterhin nicht in der gebührenden Häufigkeit teilzunehmen gedenkt, wie er das auch in der Vergangenheit nicht getan hat. Inso-

fern würde ich das als Entschuldigung interpretieren, die sozusagen für die vorausseilende Entwicklung gemacht worden ist.

Hier ist eine ganze Menge an Grundsätzlichem gesagt worden. Diejenigen Fragen, die fachlich auf den Nachtragshaushalt bezogen waren - nur auf diesen möchte ich mich beziehen, nicht auf Asylverfahren, nicht auf Asylpolitik, denn das sind ganz andere Debatten -, werden im Ausschuß sicherlich noch beraten werden.

Ich möchte aber einige Bemerkungen zu dem machen, was Kollege Bensmann hier vorgetragen hat.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Etwas lauter!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ja, das ist wahr: Ein bißchen lauter, bitte!

Abgeordneter Walsken*) (SPD): Ich freue mich, daß Sie mir zuhören wollen und es auch ermöglichen, daß es mit der Technik klappt.

Kollege Bensmann hat darauf hingewiesen, daß der Nachtragshaushalt keine Vorsorge für das treffen würde, was jetzt an Geldregen aus Bonn auf uns niederprasselt. Kollege Bensmann, der Nachtragshaushalt enthält noch Einnahmen in Höhe von 756 Millionen DM aus der Strukturhilfe. Diese Einnahmen werden wegfallen, so daß die Vorsorge allenfalls darin bestehen könnte, in diesem Nachtragshaushalt noch Geld einzusparen, um die wegfallenden Strukturhilfemittel auszugleichen. Diese Ihre Position kann ich also nicht verstehen. (D)

Dann heben Sie darauf ab, daß das Besoldungsanpassungsgesetz vor eineinhalb Wochen im Bundesrat beschlossen worden ist. Sie können sicherlich nicht erwarten, daß die Landesregierung das in einem schon vor einigen Wochen vorgelegten Nachtragshaushalt umsetzen kann. Wir haben aber bereits bei den Haushaltsberatungen auf diese Situation hingewiesen und haben eine entsprechende Änderung des Haushaltsgesetzes beschlossen. Nur müssen wir diese jetzt aufgrund dessen, was sich bei den Beratungen im

(A) (Walsken [SPD])

Bundesrat vor eineinhalb Wochen ergeben hat, vermutlich in der Formulierung ändern. Das werden wir in den Beratungen machen; dazu haben wir ausreichend Zeit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige grundsätzliche Bemerkungen machen! Ich habe mit etwas Überraschung festgestellt, wie die Oppositionsparteien hier auf den Nachtragshaushalt reagiert und sich in der Politik dargestellt haben. Es hat eigentlich meinen Eindruck bestätigt, daß in diesem Haus nichts so berechenbar ist wie die Unberechenbarkeit der Opposition.

Ich hatte erwartet, daß die Opposition aufgrund der Finanzschwierigkeiten, in der dieses Land steckt, gesagt hätte: Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß diese Landesregierung noch in der Lage ist, 78 Millionen DM für Personal zur Verfügung zu stellen. Ich habe noch sehr gut die Haushaltsberatungen in Erinnerung. Ich habe gut in Erinnerung, wie die Finanzpolitiker der Fraktionen der Regierung vorgeworfen haben, die Ausgaben seien zu hoch, man müsse sparsamer mit den Haushaltsmitteln umgehen.

(B) Jetzt schlägt die Landesregierung zusätzliche Stellen und Barmittel für einige Bereiche vor, und da kommt von den Fachausschüssen genau das gegenteilige Argument. Beim Nachtragshaushalt haben plötzlich diese wieder das Sagen, nicht die Finanzpolitiker, sondern die Fachleute aus den Fachausschüssen, die plötzlich sagen: Diesmal wollt ihr zu wenig ausgeben, ihr müßt eigentlich viel mehr ausgeben.

Dieses Spielchen, meine Damen und Herren, können Sie nicht mehr lange durchhalten. Denn irgendwann müssen Sie sich einmal fragen, wo eigentlich in Ihrer Politik, im Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers und damit auch im Umgang mit dem Parlament eine Linie liegt. Ich habe nicht den Eindruck, daß Sie bisher eine Linie eingehalten haben.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

- Sie haben doch gesagt, im Schulbereich sei viel zu viel enthalten. Ich habe sehr gut hingehört, als Sie moniert haben, daß die Regierung nicht in der Lage sei, die Lücke, die Kienbaum nachgewiesen habe, in diesem Nachtragshaushalt auszufüllen. Sie haben dann

(C)

beklagt, daß im Schulbereich plus minus Null an Stellen vorhanden sei, und haben dabei wohlweislich unterschlagen, daß alle die Stellen, bei denen der kw-Vermerk wegfällt, nächstes Jahr als zusätzliche Stellen finanziert werden müssen.

Die Wahrheit ist doch, daß die 78 Millionen DM, die dieser Haushalt an Mehrausgaben für Personal enthält, im nächsten Jahr nicht nur in dieser Höhe anfallen. Das wird sich im nächsten Jahr auf die beachtliche Summe von 250 Millionen DM pro anno steigern. Nur in diesem Jahr ist eine Finanzierung durch Absenken der Kreditmittel möglich gewesen. Das ist aus finanzwirtschaftlicher Sicht eine nur auf ein Jahr begrenzte Finanzierung, die überhaupt keine finanzielle Sicherheit für die nächsten Haushaltspläne gibt, die dann nämlich 250 Millionen DM zu finanzieren haben.

Ich hatte gedacht, daß die Opposition sagen würde, was das Kabinett vorgelegt habe, sei aber unsolid finanziert, und ob das Kabinett sich wohl überlegt hätte, die Steigerungsrate der Ausgaben im nächsten Jahr sozusagen vorzuprogrammieren. Aber zu meiner Verblüffung haben Sie genau das Gegenteil gesagt: Die Regierung sei an diesem Punkt wieder einmal nicht großzügig genug gewesen und hätte mehr zur Verfügung stellen müssen.

(D)

(Zurufe von der CDU zur SPD - Gegenrufe von der SPD zur CDU)

Ich will zu den Inhalten dieses Nachtragshaushalts nur noch eine Bemerkung am Schluß machen, die den Schulbereich betrifft. - Es ist in der Tat richtig, daß aufgrund des Kienbaum-Gutachtens auf der Basis 1991 eine rechnerische Lücke von 25 000 Lehrern ausgemacht worden ist. Es ist auch richtig, daß sich die Regierung und die Fraktionen darauf verständigt haben, diese Lücke, da es kein Eilproblem war, nach Möglichkeit im Nachtragshaushalt weiter zum Teil zu schließen.

Nun hat es zwischenzeitlich sehr gewichtige Entscheidungen gegeben, die die Lücke um 18 000 bis 19 000 Lehrer schließen. Die Regierung erhöht diese Zahl jetzt um 2400 Lehrer und sagt: Das ist im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten unser Angebot, um diese Lücke weiter zu schließen. Unter dem Strich

(A) (Walsken [SPD])

bleibt eine Lücke von etwa 3000 Lehrern, und wir müssen uns noch darüber unterhalten, ob diese in das Maßnahmenbündel der Regierung hineingenommen werden müssen oder ob wir andere Möglichkeiten finden, diese rein rechnerische Lücke, die im übrigen noch nicht im nächsten Jahr, sondern möglicherweise erst in den nächsten Jahren wirksam wird, zu schließen.

Dieses Problem hat die Regierung also im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes zu lösen versucht. Sie hat ein Angebot gemacht, über das ich aus finanzwirtschaftlicher Sicht sagen kann: Das ist eine Finanzierung für ein Jahr, das ist keine solide Finanzierung für die nächsten Jahre. Ich fürchte, daß wir bei der Finanzierung in den nächsten Jahren eher in Schwierigkeiten kommen, als daß wir das Problem lösen.

Das alles hängt damit zusammen, wie das Gesamt-szenario der finanzpolitischen Wirklichkeit von Ihnen wahrgenommen wird. Ich habe nicht den Eindruck, daß es sich in den Reihen der Opposition schon herumgesprochen hat, daß sich der Solidarbeitrag Nordrhein-Westfalens zur Finanzierung der deutschen Einheit in den nächsten fünf Jahren mit 20 Milliarden DM weniger Einnahmen niederschlägt. Ich habe nicht den Eindruck, daß Sie das verinnerlicht und damit begriffen haben, daß das zwangsläufig bedeutet, daß wir in diesem Lande nicht mehr aus dem Füllhorn finanzieren können, sondern daß wir uns in der Tat überlegen müssen, Einschränkungen vorzunehmen.

Man kann auf der einen Seite nicht fordern, wir müßten teilen, und auf der anderen Seite gleichzeitig 10 000 Stellen mehr begehren. Das ist eine unlogische Politik. Sie müssen an irgendeiner Stelle einmal "Butter bei die Fische" tun und eingestehen, daß uns der Solidarbeitrag zur Finanzierung der Einheit tatsächlich Geld kostet und uns in diesem Lande zwingt, über bestimmte Leistungsniveaus und darüber nachzudenken, ob wir sie in der bisherigen Höhe noch aufrechterhalten können.

Das wäre eine übergeordnete finanzwirtschaftliche Diskussion, die wir hier hätten führen können. Dieser Diskussion aber gehen Sie aus dem Weg, genauso wie Sie heute morgen bei der Diskussion, die wir im Zusammenhang mit Europa geführt haben, der Frage

(C)

aus dem Wege gegangen sind: Was kostet dieses Land der Fonds, der in der Europäischen Gemeinschaft aufgelegt werden soll, um die ärmeren europäischen Länder zu finanzieren, was kostet die Entwicklung in den Ostblockstaaten, was kostet die internationale Flüchtlingswanderung, mit der wir es zu tun haben und in deren Zusammenhang wir uns in der Pflicht fühlen, finanziell etwas zu tun? Das alles sind Lasten, die wir mitzutragen haben.

Ich verstehe Ihre enge innenpolitische Sicht mit dem Blick auf die nächste Schule nicht, bei der Sie nicht mehr in der Lage sind, der Schule begreiflich zu machen, daß eine Stunde Unterricht mehr, die der Lehrer zu erteilen hat, ein Beitrag ist, um all die übergeordneten Lasten, mit denen wir es zu tun haben, zu finanzieren.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Walsken, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Lindlar zulassen?

(Abgeordneter Walsken [SPD]: Ich sehe gerade, meine Redezeit ist zu Ende! Es ist also praktisch eine Schlußfrage und keine Zwischenfrage, aber ich lasse sie trotzdem zu!)

(B)

- Bitte schön.

(D)

Abgeordneter Lindlar (CDU): Herr Kollege, ist Ihnen, wenn Sie hier die Kosten der deutschen Einheit anführen, bewußt, daß diese Kosten seit etwa zwölf Monaten einzukalkulieren sind, während die Defizite, die Sie hier entschuldigen, in über 20 Jahren entstanden sind? Meinen Sie, unter diesem Gesichtspunkt sei Ihre Aufzählung noch glaubhaft?

Abgeordneter Walsken*) (SPD): Wenn die Entwicklung vor zwölf Monaten nicht eingetreten wäre, wären es keine Defizite mehr.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Dann wären die Probleme beseitigt; das ist der Punkt.

(A) (Walsken [SPD])

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

- Vergleichen Sie doch einmal die Mehrwertsteuereinnahmen, die wir auf dem Papier netto bei einer Steigerungsrate von 18 % haben, mit den Bruttomehereinnahmen, die um 100 Millionen DM darunterliegen. Ihnen muß doch klar werden, daß die Differenz zwischen minus 100 Millionen und plus 18 % in der Finanzierung der deutschen Einheit begründet ist. Das ist von uns erwirtschaftet und wäre natürlich eine prima Finanzierung der fehlenden Stellen im Lehrerbereich gewesen. Nur: Ich kann Dinge nicht mit Mitteln finanzieren, die ich nicht habe. Sie müssen auch langsam begreifen, daß Sie konkret sagen müssen, an welchen Stellen Sie einen Solidarbeitrag zu leisten bereit sind. Bisher habe ich noch das Gefühl: Solidarbeiträge bestehen bei Ihnen in der verbalen Formulierung, nicht in der politischen Praxis. Und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

(B)

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend -, an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung, an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, an den Ausschuß für Kommunalpolitik, an den Rechtsausschuß und an den Unterausschuß "Personal". Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenenthaltungen? - Danke schön. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Nachtragshaushalt auch für Hochschulen - Vorrang für Bildung und Wissenschaft

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/3196

(C)

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Schultz-Tornau für die antragstellende Fraktion das Wort.

Abgeordneter Schultz-Tornau*) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Walsken hat uns aufgefordert - insbesondere die Opposition, aber wohl auch den ganzen Landtag -, darüber nachzudenken, ob wir denn angesichts der deutschen Einheit und ihrer Finanzprobleme die Leistungsniveaus im Bildungsbereich aufrechterhalten können. Ich sage Ihnen: Unsere Fraktion ist der Meinung - deswegen haben wir auch den Antrag gestellt -, daß wir nicht nur darüber nachzudenken haben, wie wir denn das Leistungsniveau im Bildungsbereich in diesem Lande erhalten können, sondern uns auch darüber Gedanken machen müssen, wie es zu verbessern ist. Das ist dringend erforderlich.

Das, was Sie uns vorgeschlagen haben, wäre in der Tat destruktiv; denn es bedeutete, daß wir in unserer Leistungsfähigkeit gegenüber anderen Ländern vor allen Dingen im alten Teil der Bundesrepublik Deutschland noch weiter zurückfallen würden.

(D)

Die Notwendigkeit, einen Nachtragshaushalt auch im Bereich der Wissenschaft vorzulegen, ergibt sich daraus, daß wir hier zwar kein Kienbaum-Gutachten haben, wir ein Kienbaum-Gutachten über die erheblichen Mängel im Hochschulbereich aber auch nicht brauchen, weil sie für jeden, der sich mit der Materie befaßt, offensichtlich sind. Wenn innerhalb der letzten zehn Jahre 75 % mehr Studenten an Universitäten und Gesamthochschulen studieren, als das damals der Fall war, sich bei den Fachhochschulen die Zahl der Studenten verdoppelt hat und diese Verdoppelung die Realität nicht widerspiegelt, weil wir inzwischen in 20 Studiengängen den Numerus-clausus haben und wir damit nicht den tatsächlichen Bedarf zur Grundlage nehmen, nämlich diejenigen, die studierwillig sind und mit denen wir weit über diese Verdoppelung hinaus kämen, dann braucht man, wie ich meine, kein Kienbaum-Gutachten, um zu sagen, hier müsse dringend etwas geschehen, sondern dann ist das offen-